

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSFORSCHUNG
MAX PLANCK INSTITUTES FOR THE STUDY OF SOCIETIES



MPIfG Working Paper 09/10

Jens Beckert

Die Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems

MPIfG Working Paper

anck Institute
for the Study of Societies

Jens Beckert
Die Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems

MPIfG Working Paper 09/10
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
September 2009

MPIfG Working Paper
ISSN 1864-4341 (Print)
ISSN 1864-4333 (Internet)

© 2009 by the author(s)

Jens Beckert is director at the Max Planck Institute for the Study of Societies Cologne.
beckert@mpifg.de

MPIfG Working Papers present ideas that could guide future scholarly research. They may also draw out the implications of available knowledge for a better understanding of public-policy issues. MPIfG Working Papers are refereed scholarly papers.

Downloads

www.mpifg.de
Go to *Publications / Working Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0
Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de
info@mpifg.de

Abstract

The paper takes a theoretical look at the current financial and economic crisis, drawing on existing theories on crises of capitalism. I develop the thesis that the theories of “ungovernability” and “late capitalism” were wrong in locating the origins of crises in contemporary capitalism only indirectly in the economy. The theory of late capitalism, however, rightfully pointed out that the state cannot reduce its influence over the economy without endangering the functioning of markets themselves. This is due less, however, to the difficulty of maintaining loyalty, i.e. political support for the capitalist system than to the more immediate challenge of sustaining the preconditions for the system’s economic viability. Today, a theory of the crises of capitalism must devote much more attention to the intrasystemic preconditions of the economic system.

Zusammenfassung

Der Beitrag reflektiert theoretisch die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise, wobei die Ausführungen im Zusammenhang mit bestehenden Krisentheorien stehen. Meine These ist, dass die Krisentheorien der „Unregierbarkeit“ und des „Spätkapitalismus“ darin falsch lagen, den Ausgangspunkt von Krisen nur noch indirekt im Feld der Ökonomie zu verorten; die Theorie des Spätkapitalismus lag jedoch richtig in der Annahme, dass der Staat seine Steuerungsansprüche nicht reduzieren könne, ohne die Funktionsfähigkeit des Marktes selbst zu gefährden. Dabei geht es aber weniger um das Problem der Sicherung von Massenloyalität und damit um die politische Unterstützung des kapitalistischen Wirtschaftssystems als vielmehr sehr viel direkter um dessen ökonomische Bestandsvoraussetzungen. Eine Krisentheorie des Kapitalismus muss heute viel stärker die intrasystemischen Funktionsvoraussetzungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems berücksichtigen.

Inhalt

1	Krisentheorien und ökonomische Entwicklung	8
2	Koordinationsprobleme der Wirtschaft als Krisenauslöser	9
3	Die ökonomischen Quellen gesellschaftlicher Krisen	12
4	Gegenbewegungen?	14
5	Schluss	17
	Literatur	18

Seit dem Sommer 2008 entfaltet sich die größte Finanz- und Wirtschaftskrise nach der Weltwirtschaftskrise vor achtzig Jahren. Ausgelöst von fallenden Preisen im amerikanischen Immobilienmarkt und der Implosion der Märkte für verbrieft Hypothekenanleihen, hat sich im Herbst 2008 eine systemische Finanzmarktkrise entwickelt, die nur durch massive staatliche Intervention unter (vorläufige) Kontrolle gebracht werden konnte. Standen bis zu diesem Zeitpunkt Fragen der internationalen Sicherheit und der Ökologie im Brennpunkt der politischen Öffentlichkeit, hat sich mit der Finanzmarktkrise die Ökonomie zum alles beherrschenden politischen Thema entwickelt.

Die derzeitige Krise gibt Anlass, grundsätzlicher das Verhältnis von Wirtschaft und Politik zu beleuchten. In dem Beitrag ziele ich auf eine theoretische Reflexion der gegenwärtigen Krise, wobei ich meine Ausführungen in den Zusammenhang mit bestehenden Krisentheorien stelle und hier insbesondere mit den Krisentheorien der Siebzigerjahre, also der Theorie der „Unregierbarkeit“ und der Theorie des „Spätkapitalismus“.¹ Meine These ist, dass diese Theorien zwar darin falsch lagen, den Ausgangspunkt möglicher gesellschaftlicher Krisen nur noch indirekt im Feld der Ökonomie zu verorten; die Theorie des Spätkapitalismus lag jedoch richtig in der Annahme, dass der Staat seine Steuerungsansprüche nicht reduzieren könne, ohne die Funktionsfähigkeit des Marktes selbst zu gefährden. Dabei geht es aber weniger um das Problem der Sicherung von Massenloyalität und damit um die politische Unterstützung des kapitalistischen Wirtschaftssystems als vielmehr sehr viel direkter um dessen ökonomische Bestandsvoraussetzungen. Eine Krisentheorie des Kapitalismus muss heute, so die verfolgte These, viel stärker die intrasystemischen Funktionsvoraussetzungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems berücksichtigen.

Zunächst eine kurze Rekapitulation: Die konservativen Theorien der „Unregierbarkeit“ und die linken Theorien zum „Spätkapitalismus“ hatten ihren gemeinsamen Ausgangspunkt in der These der Überforderung des Staates. Die Konservativen diagnostizierten diese Überforderung in der Anspruchsinflation von Transferempfängern und Gewerkschaften, gegen die sich der Staat nicht wehren könne. In säkularisierten Staaten, so das Argument, „übertrügen sich Heilserwartungen auf den Staat, der an Stelle des Schicksals, persönlichen Engagements oder göttlicher Fügung für das Glück des einzelnen verantwortlich gemacht wird“ (Schäfer 2008: 10). Hieraus ergibt sich, wie Daniel Bell konstatierte, eine „Revolution der wachsenden Ansprüche“ (Bell 1991: 32), die nur beendet werden könne, wenn der Staat seine Handlungsfähigkeit wiedererlangt, indem er die Macht gesellschaftlicher Interessen bricht.

Der Text beruht auf einem Vortrag bei der Tagung „Auslaufmodell Demokratie? Probleme und Möglichkeiten demokratischer Selbstbestimmung in der postnationalen Konstellation“ an der ETH Zürich aus Anlass des 80. Geburtstags von Jürgen Habermas. Der Beitrag wird im Herbst 2009 auch in der Zeitschrift *WestEnd* erscheinen. Ich danke Christoph Deutschmann, Renate Mayntz, Armin Schäfer und Wolfgang Streeck für ihre hilfreichen Kommentare zu einer früheren Fassung des Papiers.

1 Vgl. hierfür das vorzügliche Discussion Paper von Armin Schäfer (2008), von dessen Darstellung der Krisentheorien der Siebzigerjahre ich bei der Ausarbeitung dieses Papiers stark profitiert habe.

Die linken Theorien zum Spätkapitalismus sahen ebenfalls den Zwang des Staates, seine Ausgaben immer weiter auszudehnen. Anders als bei den konservativen Zuschreibungen wurde die Ursache für die drohende Krise des Staates aber nicht in der Anspruchsinflation der Bürger und der Gewerkschaften gesehen, sondern in der Notwendigkeit staatlicher Dauerintervention zur Stabilisierung der Kapitalakkumulation und der Abfederung des Antagonismus von Kapital und Arbeit (Offe [1972]2006: 29). Durch diese „Politisierung“ ökonomischer Prozesse sollte zwar die ökonomische Krise abgewendet werden können, doch nur um den Preis der Erzeugung einer Reihe neuer Krisentendenzen, die sich letztlich als Bruchstellen der kapitalistischen Demokratien erweisen könnten. Hierzu zählt die Fiskalkrise des Staates ebenso wie die von Jürgen Habermas und Claus Offe diagnostizierten Rationalitäts-, Legitimations- und Motivationskrisen.

Zeithistorisch sind diese Krisentheorien auch deshalb interessant, weil sie in der Tat einen Epochenwechsel anzeigen, bevor dieser stattgefunden hat. Im gleichen Jahr, in dem Claus Offes (1972) Aufsatzsammlung „Strukturprobleme des kapitalistischen Staates“ erschien und nur ein Jahr vor der Veröffentlichung von Jürgen Habermas’ „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ (1973), hatte der amerikanische Präsident Richard Nixon noch verkündet: „We’re all Keynesians now.“ Diese Vorstellung, die „goldene“ Nachkriegszeit könne fortgesetzt werden, zeigt keinerlei Bewusstsein der Krisenhaftigkeit des keynesianischen Arrangements, das die Prosperität der Nachkriegszeit geprägt hatte.² Die linken und die konservativen Krisentheorien haben hingegen gesehen, dass es sich bei dem ökonomischen Arrangement der Nachkriegszeit keinesfalls um eine stabile Situation handeln würde. Die eingebauten Dynamiken hoher Inflations- und sinkender Wachstumsraten sowie zunehmender staatlicher Verschuldung ließen den Staat an seine Grenzen bei der Heranziehung für immer weitere Aufgaben zur Stabilisierung von Märkten und zur Sicherung von Massenloyalität stoßen.

Doch weder die konservativen noch die linken Krisentheoretiker haben die in den Siebzigerjahren einsetzenden und sich in den folgenden drei Jahrzehnten fortsetzenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen vorhergesehen.³ Nicht erwartet wurde von ihnen, dass es den Industriestaaten durch den Umbau ihrer Sozialsysteme

-
- 2 Historisch betrachtet war die Nachkriegszeit bis in die Siebzigerjahre die Periode, in der in den westlichen Industrieländern institutionelle Formen gefunden zu sein schienen, die stabile wirtschaftliche Prosperität mit der politischen Regulation der kapitalistischen Wirtschaft verbanden. Nicht nur erfuhren große Teile der Bevölkerung kontinuierliche Verbesserungen ihres Lebensstandards. Die durch wirtschaftliche Prosperität erreichte soziale Inklusion schien die sozialen Konflikte, die westliche Gesellschaften seit dem Beginn der Industrialisierung erschüttert hatten, endgültig zu befrieden. Die Befriedigung über diese Entwicklung kommt in zeitgenössischen Sozialtheorien zum Ausdruck. Ralf Dahrendorf (1957) sah den Klassenkonflikt durch demokratische Strukturen der Konfliktbewältigung überwunden. Helmut Schelsky (1953) sprach in den Fünfzigerjahren von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“.
- 3 So auch Offe ([1972]2006: 191) in seinem Nachwort zur Neuauflage der „Strukturprobleme des kapitalistischen Staates“: „Immerhin reichte auch in meinen Aufsätzen aus der ersten Hälfte der 1970er Jahre der Optimismus nicht so weit, dass ich die Struktur der kapitalistischen Ökonomie insgesamt als zur politischen Disposition stehend gewähnt hätte.“

und die Abkehr von der keynesianischen Globalsteuerung gelingen würde, sich von der diagnostizierten Anspruchsinflation zu befreien (Schäfer 2008: 39). Die Konservativen waren skeptisch, ob es gelingen würde, die gewerkschaftliche Macht zu brechen. Aus der Perspektive der Linken hätte die tendenzielle Aufhebung der wechselseitigen Verschränkung von Wirtschaft und Politik zur Verschärfung der diagnostizierten Legitimationsprobleme führen und politische Widerstände erzeugen müssen.

Tatsächlich besteht das wohl herausragende Merkmal der wirtschaftlichen Wandlungsprozesse der letzten dreißig Jahre in der abnehmenden Rolle des Staates bei der Steuerung der Wirtschaft. Mit „Steuerung der Wirtschaft“ meine ich hier nicht jegliche regulative Strukturen, mit denen die institutionellen Grundlagen für Märkte geschaffen werden. Hier lässt sich insgesamt vermutlich sogar eine Zunahme an Vorschriften beobachten. Vielmehr meine ich staatliche Regeln, die in das Marktgeschehen zugunsten politischer Ziele eingreifen und somit Quelle öffentlicher Gewalt über die Ökonomie sind (Streeck 1997). Die Verschiebung politischer und wirtschaftlicher Handlungshorizonte durch die Liberalisierung und Globalisierung von Märkten, der Rückzug des Staates aus zentralen Industrien durch die Politik der Privatisierung sowie der Bedeutungsverlust korporatistischer Arrangements haben zur Folge, dass die westlichen Nationalstaaten heute sehr viel weniger Kontrolle über ihre Ökonomien haben als vor dreißig Jahre.⁴ Die Verringerung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft zielte auf die Generierung wirtschaftlichen Wachstums und darauf, den Staat vor den wachsenden Ansprüchen seiner Bürger zu schützen. Die „Entmachtung nationalstaatlicher Akteure“ (Offe [1972] 2006: 191), die sich als Depolitisierung der Wirtschaft lesen lässt, ist dabei allerdings selbst Resultat politischer Entscheidungen und zwar gerade auch in Reaktion auf die von den Krisentheoretikern der Siebzigerjahre diagnostizierten Probleme (Mann 1997; Scharpf 1998).

Die Begrenzung der Verschränkung von Staat und Wirtschaft lässt sich nicht nur an der faktischen Ausdehnung von Marktbeziehungen erkennen, sondern findet auch eine Entsprechung auf ideologischer Ebene. Seit den Siebzigerjahren fand eine Kehrtwende in der Makroökonomie vom keynesianischen Interventionismus zu einem neoliberalen Absentismus statt, die zur Delegitimierung politischer Eingriffe in Marktprozesse beitrug (Blyth 2002; Campbell/Pedersen 2001; Fourcade 2009). Nur die Befreiung der Märkte von staatlichen Fesseln, so die neue Überzeugung, würde das für die Produktion steigenden Lebensstandards notwendige Wachstum generieren können.

4 Das gilt zunächst für Prozesse der Intensivierung von Wettbewerb durch die Globalisierung von Märkten. Es gilt auch für die Privatisierung von Industrien, die sich vormalig in Staatshand befanden, wie die Telekommunikation und Teile des Gesundheitswesens. Es gilt des Weiteren für die Einführung von Wettbewerb und „Quasimärkten“ in gesellschaftlichen Bereichen, die zuvor nicht kommodifiziert waren. Die neuen Steuerungsformen von Universitäten und des Gesundheitssystems sind Beispiele hierfür (LeGalès/Scott 2008), ebenso wie Märkte für Verschmutzungsrechte (Fourcade 2004). Es gilt schließlich bei der Substituierung von Reziprozitätsbeziehungen, vornehmlich im familiären Bereich, durch Dienstleistungen in der Kinder- oder Altenbetreuung und anderen häuslichen Dienstleistungen, die am Markt zu kaufen sind.

Noch kurz vor dem Beginn der derzeitigen Krise hätte man wohl mit ähnlicher zeitgeistiger Treffsicherheit wie der amerikanische Präsident fünfunddreißig Jahre zuvor feststellen können: „We’re all neoliberals now.“ Und man hätte außerdem befriedigt festgestellt, dass das Problem der Anspruchsinflation wohl auf bestem Wege war, politisch erfolgreich gelöst zu werden, ohne drohende Legitimationskrise. Die Hartz-Reformen in Deutschland beschränken die Ansprüche Arbeitsloser und führten bereits durch die Verschärfung der Regeln zur Frühverrentung zur spürbaren Erhöhung des Renteneintrittsalters; 2011 sollte es einen ausgeglichenen Haushalt geben, mit der Aussicht auf eine nachhaltige Entschuldung des Staates in den Folgejahren. Dies alles wurde ohne erhebliche politische Folgekosten erreicht; die von den linken Krisentheoretikern in den Siebzigerjahren erwartete Repolitisierung blieb weitgehend aus.

1 Krisentheorien und ökonomische Entwicklung

Die sich seit einem Jahr entfaltende Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Vorstellung wiedererreichter fiskalischer Stabilität auf der Grundlage liberalisierter Märkte jedoch wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen. Es war geradezu atemberaubend im letzten Jahr zu beobachten, mit welcher Geschwindigkeit selbst überzeugte Neoliberale massive keynesianische Interventionen zur Nachfragestabilisierung forderten und sämtliche Maximen der Wirtschaftspolitik der letzten dreißig Jahre vom Tisch gefegt wurden.

Bestätigt sich also doch noch die Krisendiagnose der linken Krisentheoretiker, dass der Staat seine Steuerungsansprüche nicht reduzieren kann, ohne die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Ökonomie zu gefährden? Ich möchte dies insofern bejahen, als ich die Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise wesentlich in der Reduzierung staatlicher Einflussnahme auf die Ökonomie sehe. Zugleich möchte ich einen wichtigen Unterschied markieren: Die Folgen des staatlichen Rückzugs beziehen sich sehr viel unmittelbarer auf das ökonomische System selbst als von den in den Siebzigerjahren entworfenen Krisenszenarien erwartet. Anfang der Siebzigerjahre erschien es den Krisentheoretikern „nicht mehr plausibel, dass der Kapitalismus unmittelbar an ökonomischen Krisen untergehen würde. Denn in den Nachkriegsjahrzehnten war es den westlichen Demokratien gelungen, sowohl den Klassenkonflikt als auch ökonomische Krisen zu entschärfen“ (Schäfer 2008: 12). Jürgen Habermas war damals überzeugt, dass „sich durch die Verschiebung der kontradiktorischen Steuerungsimperative vom Marktverkehr ins administrative System auch die Krisenlogik selber“ (Habermas 1973: 69) verändern würde. Demgegenüber möchte ich argumentieren, dass heute nicht die Delegitimation des politischen Systems und fehlende Massenloyalität im Vordergrund einer Krisentheorie stehen müssen, sondern sehr viel unmittelbarer die sozialen und politischen Funktionsvoraussetzungen des kapitalistischen Systems selbst.

2 Koordinationsprobleme der Wirtschaft als Krisenauslöser

Das kapitalistische Wirtschaftssystem basiert auf Märkten als wichtigstem Steuerungsmechanismus zur Koordination wirtschaftlichen Austauschs und wirtschaftlicher Produktion. War dieser Mechanismus während des „goldenen Zeitalters“ staatlich eingeeht, wurde sich in der Folgezeit viel stärker auf entfesselte Märkte zur wirtschaftlichen Steuerung verlassen. Unter welchen Voraussetzungen aber, so fragt die Wirtschaftssoziologie, können Märkte als Steuerungsmechanismus funktionieren? Die soziologische Antwort auf diese Frage bezieht sich regelmäßig auf die Rolle politischer, sozialer und kultureller Grundlagen von Märkten, die in dem Begriff der Einbettung zusammengeführt werden. Max Weber ([1920] 1984) etwa analysierte die Bedeutung institutioneller Voraussetzungen und ethischer Orientierungen für die Entstehung des modernen okzidentalen Kapitalismus. Emile Durkheim ([1893] 1992) betrachtete „entbettete“ Marktbeziehungen als instabil aus Gründen, die heute in der ökonomischen Theorie mit Begriffen wie „Opportunismus“ oder „Prinzipal-Agent-Problem“ gekennzeichnet werden. Die Erfüllung von Verträgen bedarf der „Vertragsmoral“, also einer Einstellung, die eigennützig opportunistisches Handeln im Markttausch einschränkt und darin durch soziale Sanktionen bekräftigt wird.

Systematisch betrachtet hängt die Funktionsfähigkeit von Märkten von der Lösung von insgesamt drei Koordinationsproblemen ab, die ich an anderer Stelle als Problem der Wertfindung, Problem des Wettbewerbs und Problem der Kooperation bezeichnet habe (Beckert 2009a). Die aktuelle Finanzkrise hatte ihre Ursache in Entwicklungen, die es den Marktakteuren unmöglich machten, genau diese Koordinationsprobleme zu lösen.

Ein Auslöser der Krise war die immer kompliziertere und letztlich für die Marktakteure undurchschaubare Zusammenstellung von verbrieften Hypothekenanleihen in Amerika, deren Bewertung nicht mehr möglich war. Die Produkte ließen sich aufgrund der Konfusion über ihren Wert und ihre Risiken nicht mehr handeln und der Markt implodierte. Daraus wiederum folgte, dass der Wert der Finanzinstitute, die diese Papiere in ihren Portfolios hielten, nicht mehr eingeschätzt werden konnte, was deren Kreditwürdigkeit infrage stellte und nach der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers zum Zusammenbruch des Interbankenhandels führte. Dass Lehman nicht gerettet wurde, machte den anderen Banken schlagartig das Risiko von Transaktionen mit anderen Banken klar. Von den Zentralbanken wurde auf den Zusammenbruch des Interbankenhandels mit der quasi unbegrenzten Zurverfügungstellung von Liquidität reagiert. Die Einrichtung von „bad banks“ zielt darauf, „toxische“ Papiere aus den Bankbilanzen zu entfernen, auch um wieder die Grundlagen für die Kalkulation des Werts der Aktiva der Banken zu schaffen.

Zum Zweiten wurde die Krise durch Wettbewerbsprobleme ausgelöst. Gemeint ist damit, dass Wirtschaftsunternehmen – entgegen der Ideologie vollkommener Märkte – sich für ihre stabile Reproduktion vor Wettbewerbskräften schützen, den Wettbewerb also durch „Marktschließung“ (Weber) reduzieren müssen. Die Liberalisierung der Fi-

nanzmärkte und deren Bedeutungszuwachs durch die Entstehung von Märkten für Unternehmenskontrolle und durch die zunehmende Finanzierung von Unternehmen über die Finanzmärkte sowie die Ausrichtung auf Strategien des „Shareholder-Value“ haben zu einer Spirale der wechselseitigen Überbietung mit Gewinnzielen geführt, die durch immer riskantere Strategien erreicht werden sollten. Hohe und immer weiter steigende Gewinne – erinnert sei hier nur an das Credo der Deutschen Bank: „25% Eigenkapitalrendite“ – sollten zu höheren Börsenkursen führen und dadurch sowohl den beteiligten Managern hohe Boni sichern als auch die Unternehmen vor möglichen Übernahmen schützen. Möglich war dies nur durch das Eingehen hoher Risiken, die in der Regel aus den extrem großen Hebeln der Finanzierungsmodelle resultierten. Bei einer Marktentwicklung entgegen der Erwartung entstanden jedoch sofort hohe – und potenziell bestandsgefährdende – Verluste. Die Ausweitung des Wettbewerbs und die Erhöhung der Risiken führte somit zum Verzicht auf jene Reserven – *slack* –, die im Krisenfall für die Banken und die Unternehmen einen Puffer dargestellt hätten. Die rasante Beschleunigung des Wettbewerbs und damit einhergehend der Risiken steht aber im direkten Zusammenhang mit dem staatlichen Steuerungsverzicht durch die Liberalisierung der Märkte. Hierdurch wurden neue Renditemöglichkeiten für das nach Anlagen suchende Kapital eröffnet, in einer Situation, die zunehmend durch eine Überliquidität an den Finanzmärkten charakterisiert ist (Deutschmann 2008). Nur durch die Übernahme erhöhter Risiken – etwa der Vergabe von Hypotheken an absehbar von den Zahlungsverpflichtungen überforderten Schuldern im amerikanischen Subprime-Markt – fand dieses Kapital noch eine lukrative Verzinsung.

Es wäre jedoch zu einfach, als Ursache für die Entwicklungen, die schließlich zu dem Marktversagen führten, einfach ein opportunistisches Einknicken des Staates gegenüber den Interessen machtvoller Wirtschaftsakteure zu vermuten. Vielmehr muss das Zusammenspiel ökonomischer, politischer und privater Interessen betrachtet werden. In den Siebzigerjahren hatte sich in den westlichen Industriestaaten eine Akkumulationskrise entwickelt, die nicht mehr durch die Instrumente keynesianischer Makrosteuerung gelöst werden konnte. Anders als von den damaligen konservativen Krisentheorien diagnostiziert, bestand die „Notwendigkeit“ des Rückzugs des Staates nicht, weil der Staat aus der Anspruchsinflation durch gesellschaftliche Interessen befreit werden musste, sondern um neue Chancen für gewinnbringende Kapitalanlagen zu erschließen. Dies konnte sowohl durch neue „räumliche Landnahme“ in Form der Globalisierung von Märkten als auch durch die „sachliche Landnahme“, also die Kommodifizierung bisher nicht kommodifizierter Güter gelingen. Die dadurch ausgelösten Wachstumsprozesse sollten sowohl Gewinne für private Investoren als auch neue Quellen für Steuereinnahmen schaffen und zur Erhöhung privater Einkommen führen. Die Finanzmärkte entwickelten sich dabei zu der bedeutendsten Quelle neuer Gewinne, von denen auch der Staat profitierte. So wurde zum Beispiel in Großbritannien nach dem Niedergang der industriellen Strukturen die Finanzindustrie zu einer der bedeutendsten Steuerquellen. Es ist wenig überraschend, dass britische Regierungen eine Finanzmarktarchitektur förderten, durch die London als internationaler Finanzplatz für Investoren attraktiv gemacht wurde. Verständlich wird so auch, weshalb gerade Großbritannien – obwohl be-

sonders hart von der Finanzmarktkrise getroffen – sich gegen verschärfte Finanzmarkt-kontrollen stemmt, die in der Europäischen Union derzeit diskutiert werden. Von der zunehmenden Verfügbarkeit privaten Kapitals profitierten aber auch die Konsumenten und private Investoren, die ohne Eigenkapital und zu niedrigen Zinsen Wohneigentum erwerben konnten, lukrative Anlagemöglichkeiten für ihre Ersparnisse fanden und auf Pump konsumieren konnten. „Kredit“ wird zumindest in den angelsächsischen Ländern ja durchaus nicht nur als ökonomisches Gut, sondern auch als demokratisches Partizipationsrecht verstanden.

Schließlich traten auf den Märkten immer stärker Kooperationsprobleme auf. Gemeint sind damit die Probleme der Handlungskoordination, die aus der Möglichkeit opportunistischen Handelns der Tauschpartner entstehen. Zum einen geht es hier um betrügerische Aktivitäten einzelner Teilnehmer der Finanzmärkte. Die Verluste des Börsenhändlers Jérôme Kerviel brachten Anfang 2008 die französische Großbank Société Générale in die Nähe der Zahlungsunfähigkeit. Der Controllingabteilung war angeblich entgangen, welche hohen Risiken seine auf eigene Faust aufgebauten Positionen bargen. Der amerikanische Investor Bernard Madoff erleichterte seine gut betuchte Klientel mit einem simplen Pyramidenspiel um 65 Milliarden Dollar. Dies waren nur die besonders stark medial verbreiteten Beispiele betrügerischen Handelns auf den Finanzmärkten, hinter denen weitere Fälle stehen. Dass solche massiven Betrugsfälle überhaupt möglich waren, hängt aber auch mit einem weiteren Aspekt zusammen: der unzureichenden Kontrolle von Finanzmarktakteuren.

Diese ungenügende institutionelle Kontrolle ebnete opportunistischem Handeln erst den Weg. Die massive Ausweitung von Kooperationsproblemen hat ihre Ursache insofern nicht nur – und vermutlich nicht einmal vornehmlich – in betrügerischem Handeln, sondern in mangelnden institutionellen Regulierungen: Ein Beispiel hierfür sind die Geschäftsmodelle von Ratingagenturen, die Finanzmarktprodukte von Banken bewerten und dafür nicht nur von den an einer hohen Bewertung interessierten Banken bezahlt werden, sondern die zuvor auch noch an Beraterleistungen im Zusammenhang mit der Konstruktion der Produkte verdienen. Dieser offensichtliche Interessenkonflikt führte zu überhöhten Bewertungen der Produkte und zu deren Implosion, als die viel zu optimistischen Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Immobilienpreise und der Zinsen nicht eintrafen. Die laxen Aufsicht von Teilen der Finanzmärkte und die Zinspolitik der Federal Reserve waren aber genau Resultat einer an freien Märkten orientierten Politik, der zufolge Finanzmärkte sich durch den Marktmechanismus selbst regulieren sollten.

Bei dem Kooperationsproblem geht es aber nicht nur um Regulation als externem Zwang. Von Emile Durkheim kann man ja lernen, dass Institutionen eine Voraussetzung darin haben, dass die Akteure in eine Vertragsmoral eingebunden sind. Wenn Akteure ihre Intelligenz und rechtliche Expertise in hohem Maße darauf verwenden, nach Lücken in Gesetzen und Vorschriften zu suchen und diese opportunistisch zu umgehen, unterminieren sie die Institution selbst. Der erfolgreiche Umgang mit den sozialen

Risiken des Markttauschs stellt insofern auch moralische Anforderungen an die Wirtschaftssubjekte, die zugleich im Wirtschaftssystem nicht selbst erzeugt werden. Denn im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist Wettbewerb immer auch Wettbewerb um die Auslegung von Institutionen. Clevere Rechtsexperten versuchen, Lücken im Regelwerk zu finden, deren Ausnutzung ihren Klienten Vorteile im Wettbewerb bringt (Streck 2009b: 149ff.). Die Paradoxie besteht dann darin, dass das System zugleich auf die Moral des ehrbaren Kaufmanns als kollektives Gut angewiesen ist *und* Anreize bereithält, ein solches Handeln opportunistisch zu sabotieren.

Die hier angesprochene Problematik wird in den Theorien des Spätkapitalismus unter dem Begriff der „Motivationskrise“ (Habermas 1973: 106ff.) gefasst. Dieser stellt auf die notwendigen kulturellen Rahmenbedingungen kapitalistischer Ökonomien ab, die von diesen nicht selbst erzeugt werden. In den Siebzigerjahren wurde das dominante Problem – vermutlich auch vor dem Hintergrund der in den Sechzigerjahren entstandenen Jugendbewegungen – darin gesehen, dass Akteure sich nicht mehr hinreichend am Leistungsmotiv orientieren würden. Die Ursache der Motivationskrise heute lässt sich hingegen in einem Übermaß utilitaristischer Handlungsorientierung im Wirtschaftssystem erkennen, die zu dessen Destabilisierung führt. Die Frage an die Politik und an die Erziehungseinrichtungen der Gesellschaft lautet dann, wie „deviantes Verhalten“ auf ein systemkompatibles Maß reduziert werden kann. Dabei geht es einerseits um im Sozialisationsprozess gelernte individuelle Dispositionen moralischen Handelns. Andererseits geht es um die Schaffung von sozialen Kontexten, in denen moralisches Handeln Unterstützung findet (Healy 2006).

3 Die ökonomischen Quellen gesellschaftlicher Krisen

Soweit habe ich argumentiert, dass die derzeitige Funktionskrise des Wirtschaftssystems in einem kausalen Zusammenhang mit der Reduzierung staatlicher Steuerung der Wirtschaft steht. Damit ist die Beziehung zwischen Steuerung und Krise sehr viel direkter auf das ökonomische System bezogen als von den Krisentheoretikern in den Siebzigerjahren angenommen, die die Möglichkeit der neoliberalen Entfesselung von Märkten gerade nicht in Betracht zogen. Dies führt auch zu einer abweichenden Analyse der Ursachen von Krisentendenzen in anderen gesellschaftlichen Teilsystemen. Folgt man der These der Krisentheorien der Siebzigerjahre, dass die Dysfunktionalitäten des Wirtschaftssystems in das politische System verschoben werden, so gerät das politische System selbst in die Rolle, Verursacher von Krisen der Sozialintegration zu sein. Indem sich, ausgehend vom politischen System „Organisationsrationalität ausbreitet“, heißt es an einer Stelle bei Habermas, „werden kulturelle Überlieferungen unterwandert und entkräftet“ (Habermas 1973: 70). Auch die von Jürgen Habermas später entwickelte These der Kolonialisierung der Lebenswelt *auch* durch die Eingriffe des Sozialstaates in

die Lebenswelt der Leistungsempfänger zeigt die zentrale Rolle des politischen Systems als vermutetem Krisenverursacher.

Vor dem Hintergrund der Verlagerung gesellschaftlicher Steuerung auf den Markt müssen gesellschaftliche Krisentendenzen heute hingegen viel stärker als Folgen der Funktionsweise des ökonomischen Systems selbst untersucht werden. Hierfür möchte ich stichpunktartig vier Entwicklungen anführen, die sich als vom Wirtschaftssystem ausgehende Krisen demokratischer und sozialer Integration verstehen lassen:

1. der Zusammenhang zwischen zunehmender sozialer Ungleichheit und abnehmender politischer Partizipation;
2. die zunehmende marktliche Ausrichtung ursprünglich marktferner Institutionen wie dem Gesundheitssystem und der Universitäten durch die Prinzipien des New-Public-Managements;
3. die Folgen zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit für die Identität der Betroffenen und das Familiensystem;
4. sowie die Schwächung staatlicher Regulationsmöglichkeiten durch das Auseinanderweichen politischer und wirtschaftlicher Handlungshorizonte.

(1.) Eine erste Entwicklung ist die Zunahme sozialer Ungleichheit. Mit der Liberalisierung von Märkten ging während der letzten dreißig Jahre die zunehmend ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft einher. Diese statistisch gut dokumentierte Entwicklung – die eine Kehrtwende gegenüber der Entwicklung der Nachkriegszeit ist – lässt sich als Folge einer einseitig auf Wirtschaftswachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik verstehen. Diese Entwicklung bleibt für das demokratische Gemeinwesen jedoch nicht folgenlos:

Wachsende Ungleichheit ist deshalb demokratierelevant weil ein starker Zusammenhang [...] zwischen der gesellschaftlichen Ungleichheit und der Bewertung der Demokratie besteht: Je ungleicher das Einkommen in einem Land verteilt ist, desto unzufriedener sind die Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie und desto weniger vertrauen sie den politischen Institutionen. (Schäfer 2009: 15)

(2.) Eine zweite von veränderten wirtschaftlichen Steuerungsprinzipien ausgehende demokratierelevante Entwicklung ist die Ausweitung marktlicher Steuerungsprinzipien auf immer weitere Lebensbereiche. Colin Crouch hat untersucht, welche politischen Auswirkungen die Einführung marktlicher Steuerungsinstrumente in wohlfahrtsstaatlichen Institutionen hat. Mit der Vermarktlichung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen kommt es, so Crouch, zur „Verzerrung“ (Crouch 2008: 111) des Prinzips der Gerechtigkeit. Denn die Verbindung des Sozialstaates zum Bürgerstatus besteht genau darin, dass dessen Leistungen *nicht* mit den Mitteln des Marktes bereitgestellt und damit „der Logik der Betriebswirtschaft“ (ebd.) untergeordnet werden.

(3.) Drittens geht mit der Re-Kommodifizierung von Arbeit und der Steigerung von Flexibilitätsanforderungen die Sicherheit langfristiger Planungshorizonte für die Menschen verloren. Patrick LeGalès und Allen Scott (2008) zeigen anhand der Transformation der öffentlichen Verwaltung in Großbritannien, wie die Einführung von Prinzipien des New-Public-Managements zur Schaffung von Unsicherheit im Arbeitsverhältnis führt, indem Karrierepfade destabilisiert und solidarische Beziehungen zerstört werden. Richard Sennett (1998) hat ebenfalls auf die biografischen Konsequenzen der Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen hingewiesen. Es lassen sich darüber hinaus aber auch Auswirkungen der Steigerung ökonomischer Unsicherheiten auf das Familiensystem und die biologische Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft zumindest vermuten. Dies ist dann der Fall, wenn der Druck *oder* die Attraktion des Arbeitsmarktes – hohe Mobilität, starke zeitliche Beanspruchung, lange Ausbildungszeiten, interessante Aufgaben – die Stabilität von familiären Beziehungen unterminieren, zur Aufschiebung von Familiengründung und schließlich zu Geburtenraten führen, die unter dem für die Reproduktion der Bevölkerung notwendigen Niveau zurückbleiben (Streck 2009a: 10). Die Geburtenraten in den Mittelschichten lassen sich offensichtlich – wenn überhaupt – nur durch sehr kostspielige familienpolitische Maßnahmen beeinflussen. Hier führt die Ausweitung von Märkten zu gesellschaftlichen Folgekosten, die vom Wirtschaftssystem externalisiert werden und von der Gesellschaft getragen werden müssen. Die Verausgabung von Steuergeldern in der Familienpolitik schränkt zugleich den staatlichen Handlungsspielraum an anderer Stelle ein.

(4.) Schließlich lassen sich Krisentendenzen benennen, die aus der Begrenzung staatlicher Handlungsfähigkeit als Folge der zunehmenden Diskrepanz wirtschaftlicher und staatlicher Handlungshorizonte entstehen. Machtvolle ökonomische Akteure können sich in der globalen Ökonomie flexibel staatlichen Zumutungen durch „Exit-Strategien“ entziehen und unterminieren damit die Handlungsfähigkeit des Staates. Für sie günstige Regeln und geringe Besteuerung lassen sich von multinationalen Unternehmen durch Drohungen der Verlegung von Standorten durchsetzen. Privates Kapital entzieht sich der Besteuerung in Steueroasen. Damit aber kommt es zu einer strukturellen Schwächung staatlicher Steuerungsfähigkeit durch die Unterminierung der finanziellen Grundlagen für die Wahrnehmung der vom politischen Gemeinwesen verfolgten öffentlichen Belange.

4 Gegenbewegungen?

An diese Darlegung intraökonomischer Krisentendenzen und vom Marktmechanismus ausgehender politischer und sozialer Krisen in den beiden vorangehenden Abschnitten schließt sich die Frage an, welche Gegenbewegungen sich erkennen lassen, die zum einen die Bearbeitung der genannten Koordinationsprobleme im ökonomischen System

ermöglichen und zum anderen den negativen Folgen ökonomischer Liberalisierung für die Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens entgegenwirken.

Dabei lassen sich drei Antworten unterscheiden:

1. die Internationalisierung staatlicher Rechtsetzung;
2. die Möglichkeit einer Verschiebung der regulativen Grundlagen sozialer Integration von der Macht korporatistischer Gruppen zur unmittelbaren Geltendmachung von individuellen Rechtsansprüchen; und
3. eine Verschiebung der Regulierung von staatlichem Rechtszwang auf Selbstregulierung.

(1.) Eine mögliche Antwort auf die zunehmende Diskrepanz zwischen wirtschaftlichen und politischen Handlungshorizonten liegt in der Institutionalisierung regulativer Mechanismen auf transnationaler Ebene. Jürgen Habermas (1998, 2004; vgl. auch Müller-Doohm 2009) hat verschiedentlich die Weiterentwicklung supranationaler Institutionen wie der Europäischen Union auch damit begründet, dass diese bisher auf nationalstaatlicher Ebene wahrgenommene Aufgaben übernehmen und so politische Regulation räumlich ausweiten können. Dies würde es zum Beispiel Unternehmen erschweren, politischen Rahmenvorgaben zu entfliehen und sowohl das Wettbewerbsproblem als auch das Kooperationsproblem entschärfen. Sich neu entfaltende Strukturen „transnationaler governance“ (Djelic/Sahlin-Andersson 2006) sind jedoch ein insofern allenfalls unvollständiger Ersatz für die nationalstaatliche Einhegung wirtschaftlicher Handlungsmacht, als sie sich vornehmlich auf die Ermöglichung des Marktzugangs und den globalen Schutz von Eigentumsrechten konzentrieren (Block/Evans 2005: 518).⁵ Inwieweit die aktuelle Initiative der G-20-Staaten zur Finanzmarktregulation und politische Vorhaben zur Austrocknung von Steueroasen tatsächlich zu einer stärkeren staatlichen Kontrolle der Finanzmarktakteure führen werden, bleibt abzuwarten. Die transnationale Ausweitung marktbegrenzender Regulation stößt auf erhebliche Widerstände, zumal damit immer auch Verteilungsfragen verbunden sind. Fritz Scharpf (1998: 230ff.) hat darauf hingewiesen, dass die Übertragung von Verteilungsfragen und von Wertekonflikten auf die europäische Ebene – und erst recht auf die globale Ebene – eine soziokulturelle Unterstützung durch eine gemeinsame „Wir-Identität“ verlangen würde.

5 Wirtschaftliche Kooperation in föderalistischen Systemen ist, wie Frank Dobbin (2004) zeigt, notwendigerweise auf Wettbewerbspolitik gerichtet, also auf den freien Zugang zu Märkten und nicht auf Umverteilung, da sich die Mitgliedstaaten darauf nicht einigen können. Dass staatlich regulierte globale Solidarität allenfalls in Ansätzen existiert, mag aus systematischen politischen Gründen durchaus so bleiben. Katastrophenhilfe, Friedensmissionen der Vereinten Nationen, transnationale Unterstützungsnetzwerke von religiösen oder ethnischen Netzwerken sind einige Beispiele für globale Umverteilung. Global tätige soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen und andere Organisationen der Zivilgesellschaften haben an Bedeutung zugenommen, spielen aber nach wie vor eine nur geringe Rolle in der Gestaltung von Globalisierungsprozessen. Zur Frage der Regulation von Globalisierungsprozessen siehe auch Mayntz et al. (2005).

Diese ist jedoch nicht zu erkennen. Der Nationalstaat ist insofern möglicherweise darin einzigartig, ein universalistisches, wenngleich geografisch begrenztes System hervorgebracht zu haben, das die notwendige kulturelle und politische Unterstützung für die Art Solidarität ermöglicht, die die Korrektur von Marktergebnissen erlaubt (vgl. auch Brunkhorst 2009).

(2.) Der zweite Punkt wurde von dem amerikanischen Arbeitsmarktökonom Michael Piore (2005) im Zusammenhang mit der Transformation des amerikanischen Sozialstaates untersucht. In den USA lässt sich während der letzten vier Dekaden ein Prozess der Zurückdrängung des im New Deal errichteten Regimes sozialstaatlicher Regulation erkennen und zugleich die Entstehung eines neuen sozialpolitischen Rahmens, in dessen Zentrum die Antidiskriminierungsgesetzgebung steht (Piore 2005). Die Schwächung des während des New Deals institutionalisierten Sozialstaates führte demnach nicht zu einem reinen Wettbewerbsmarkt, „jedenfalls nicht in dem Sinne, wie es sich die Befürworter des Neoliberalismus vorgestellt haben“ (Piore 2005: 229). Basierend auf der Ausweitung der Bürgerrechtsgesetzgebung hat sich vielmehr ein neues Regime der Schutzrechte für ethnische Minoritäten, Frauen, Alte, Behinderte und Homosexuelle entwickelt. Die politischen Träger dieser Entwicklung waren sozial benachteiligte oder stigmatisierte Gruppen, nicht die Gewerkschaften.⁶ Dies zeigt eine Entwicklung, bei der Arbeitsrechte nicht mehr durch kollektive Verhandlungen, sondern in individuellen Rechtsauseinandersetzungen durchgesetzt werden. Diese Entwicklung hat positive Auswirkungen für die betroffenen sozialen Gruppen: Viele soziale Gruppen, so Michael Piore, empfinden, einen enormen sozialen Fortschritt gemacht zu haben, wenn sie sich mit früheren Generationen vergleichen (Piore 2003: 11).

Der Erfolg der Antidiskriminierungsgesetzgebung in den USA hat seinen Hintergrund jedoch im amerikanischen Rechtssystem, das die erfolgreiche soziale Mobilisierung der betroffenen Gruppen ermöglicht. Dieser institutionelle Hintergrund besteht in den Rechtssystemen Kontinentaleuropas nicht. Die Schwächung korporatistischer Systeme kollektiver Interessenvertretung findet insofern keine hinreichende Kompensation in der Stärkung von Individualrechten, zumal die gewerkschaftliche Interessenvertretung gerade die nicht unter die Antidiskriminierungsgesetzgebung fallende Arbeitnehmerschaft vertrat.

(3.) Eine dritte Entwicklung besteht im Bedeutungszuwachs nicht staatlicher Akteure, die Einfluss auf ökonomische Regulation mit den Steuerungsinstrumenten des *soft law* nehmen. Expertennetzwerke, soziale Bewegungen, oder von Firmen selbst festgelegte Codes, die sie auf bestimmte Verhaltensweisen verpflichten, sind Formen der nicht

6 Bis heute haben eine große Anzahl Menschen von diesem auf Antidiskriminierungsgesetzen und der Schaffung verbesserten Marktzugangs für alle Bevölkerungsgruppen beruhenden regulativen Rahmen profitiert. Dies ist eine Verbesserung der Chancen bisher benachteiligter Gruppen, bei gleichzeitiger Zunahme sozialer Ungleichheit. Das Bild ist sehr viel gemischer für schwarze Männer und natürlich für jene weißen männlichen Arbeiter und Angestellten, deren Schutz im Zentrum der New-Deal-Gesetzgebung stand.

staatlichen Regulation, die gerade im Bereich der Regulierung transnationaler ökonomischer Beziehungen an Bedeutung zunehmen (Djelic/Sahlin-Andersson 2006). Sie zielen damit auf die Bearbeitung aller drei von mir genannten Koordinationsprobleme. Doch inwieweit können diese Regulationsformen ein Ersatz für die durch den Staat ausgeübte Regulierung der Wirtschaft sein? Ich möchte hier meiner generellen Skepsis Ausdruck verleihen und dies an einem Beispiel verdeutlichen, das das Kooperationsproblem zum Gegenstand hat. Eine in den letzten Jahren immer wichtiger werdende Reaktion von Unternehmen auf Protest gegen Verhaltensweisen, die von der Öffentlichkeit als moralisch verwerflich wahrgenommen werden, ist die Entwicklung ethischer Leitlinien. Dies wird unter dem Titel „Corporate Social Responsibility“ verhandelt (Beckert 2006). Ethik selbst wird hier in den Marktmechanismus integriert. Die Selbstverpflichtung soll das Unternehmen vor den von politischen Protesten zu erwartenden Umsatzeinbußen schützen und gleichzeitig ein Vorteil bei solchen Konsumenten bringen, die ihre Kaufentscheidungen an ethischen Prinzipien ausrichten. Corporate Social Responsibility ist insofern der Versuch, mithilfe des Marktmechanismus die moralischen Grundlagen der Ökonomie zu sichern. Empirische Untersuchungen, die sich mit der Effektivität von CSR beschäftigen, sind allerdings überwiegend skeptisch: Der strukturelle Widerspruch zwischen Orientierung an Gewinnerwartungen und sozialer Verantwortung führt kaum zu tatsächlichen Verhaltensänderungen von Unternehmen, sondern vornehmlich zu kosmetischen Umgestaltungen und zur Entkopplung von öffentlicher Darstellung des Handelns und tatsächlichem Handeln.

5 Schluss

Allen drei möglichen regulativen Antworten auf die beschriebenen Krisentendenzen lässt sich Skepsis entgegenbringen. Bietet aber nicht die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise eine viel näher liegende Antwort? Lassen sich die massiven Ausgaben des Staates im Zusammenhang mit der Rettung angeschlagener Banken und von der Insolvenz bedrohter Unternehmen, einschließlich der Verstaatlichung von Unternehmen, nicht als Rückkehr öffentlicher Gewalt über das Wirtschaftssystem verstehen? Immerhin sprechen Politiker mittlerweile vom „Primat der Politik“ (Franz Müntefering). Der Staat könnte also im Hinblick auf die Steuerung der Wirtschaft wieder die Rolle übernehmen, die er während der Nachkriegszeit hatte.

Wenngleich ein solches Szenario nicht völlig ausgeschlossen ist, erscheint es doch sehr unwahrscheinlich. Zum einen ist der zurzeit massiv stattfindende staatliche Eingriff nicht auf eine solche Steuerung gerichtet, sondern zielt allein auf die Rettung des vor der Selbsterstörung stehenden marktwirtschaftlichen Systems. Der staatlichen Rolle fehlt jeglicher utopische Gehalt eines gegenüber der Wirtschaftspolitik der letzten dreißig Jahre veränderten Ansatzes. Dies schließt nicht aus, dass der Staat heute in einer machtvolleren Position gegenüber den Wirtschaftsinteressen ist als vor der Krise; doch

steht dahinter keinerlei Konzept einer Neujustierung des Verhältnisses zwischen politischem und wirtschaftlichem System. Es handelt sich um nicht mehr als um kurzfristiges Krisenmanagement. Zum anderen verausgabt der Staat zurzeit seine vermutlich letzten Ressourcen der Handlungsfähigkeit (Streeck 2008). Die zum Krisenmanagement eingesetzten Finanzmittel führen zu einer sprunghaften Ausweitung der Staatsverschuldung, die eine restriktive Haushaltspolitik zur Folge haben und die staatliche Handlungsfähigkeit erheblich weiter einschränken wird. Auf die Finanzkrise folgt die Fiskalkrise.

Damit aber sind wir wieder bei der Krisentheorie der Siebzigerjahre angelangt (O'Connor 1974). Erneut lässt sich eine Fiskalkrise erwarten. Im Unterschied zu den Annahmen der Krisentheorien der Siebzigerjahre hat diese Krise allerdings nichts mit einer Anspruchsinflation der Bürger oder expandierenden sozialstaatlichen Kompensationsleistungen des Staates zu tun, sondern steht allein im Zusammenhang mit dem Versagen eines liberalisierten Wirtschaftssystems selbst, das daran scheitert, seine eigenen Bestandsvoraussetzungen zu reproduzieren.

Dies ist keine beruhigende Perspektive. Denn kein System ist für die gesellschaftliche Reproduktion so bedeutend wie das Wirtschaftssystem. Dies ergibt sich aus der Versorgung sämtlicher anderer Sozialsysteme aus dem Wirtschaftssystem mit dem Medium Geld (Beckert 2009b; Schimank 2008). Derzeit wird die *Anspruchsinflation des Wirtschaftssystems* durch den vorgezogenen Zugriff auf zukünftige wirtschaftliche Leistungen befriedigt. Nichts anderes ist die Verschuldung. Doch was geschieht, wenn die Wirtschaftskrise selbst mit dem enormen finanziellen Einsatz nicht begrenzt werden kann? Oder was geschieht in der nächsten Wirtschaftskrise, wenn der Staat bereits so überschuldet ist, dass eine vergleichbare Kraftanstrengung nicht mehr möglich ist? Was also, wenn es keine politische Rettung der Ökonomie durch den demokratischen Staat gibt? Das ist der Moment, in dem die Integration des demokratischen Gemeinwesens selbst in die Krise kommen wird – nicht aus einer Anspruchsinflation der Bürger heraus, sondern aufgrund des Versagens der Märkte.

Literatur

- Beckert, Jens, 2006: *Sind Unternehmen sozial verantwortlich?* MPIfG Working Paper 06/4. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/workpap/wp06-4/wp06-4.html>
- , 2009a: The Social Order of Markets. In: *Theory and Society* 38, 245–269.
- , 2009b: Wirtschaftssoziologie als Gesellschaftstheorie. In: *Zeitschrift für Soziologie* 38, 182–197.
- Bell, Daniel, 1991: *Die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Block, Fred/Peter Evans, 2005: The State and the Economy. In: Neil J. Smelser/Richard Swedberg (Hg.), *The Handbook of Economic Sociology*. Princeton: Princeton University Press, 505–526.
- Blyth, Mark, 2002: *Great Transformations: Economic Ideas and Political Change in the Twentieth Century*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Brunkhorst, Hauke, 2009: *Düstere Aussichten: Die Zukunft der Demokratie in der Weltgesellschaft*. Unveröffentlichtes Manuskript. Flensburg: Universität Flensburg.
- Campbell, John L./Ove K. Pedersen (Hg.), 2001: *Neoliberalism and Institutional Analysis*. Princeton: Princeton University Press.
- Crouch, Colin, 2008: *Postdemokratie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Deutschmann, Christoph, 2009: *Der kollektive „Buddenbrooks-Effekt“: Die Finanzmärkte und die Mittelschichten*. MPIfG Working Paper 08/05. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/workpap/wp08-5.pdf>
- Djelic, Marie-Laure/Kerstin Sahlin-Andersson, 2006: Institutional Dynamics in a Re-Ordering World. In: Marie-Laure Djelic/Kerstin Sahlin-Andersson (Hg.), *Transnational Governance: Institutional Dynamics of Regulation*. Cambridge: Cambridge University Press, 375–397.
- Dobbin, Frank, 2004: The Sociological View of the Economy. In: Frank Dobbin (Hg.), *The New Economic Sociology. A Reader*. Princeton: Princeton University Press, 1–46.
- Durkheim, Emile, [1893]1992: *Über soziale Arbeitsteilung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fourcade, Marion, 2004: *Price and Prejudice: On the Practical Culture of Economic Theory*. Unveröffentlichtes Manuskript. Berkeley: University of California Berkeley.
- , 2009: *Economists and Societies. Discipline and Profession in the United States, Britain and France, 1890s to 1990s*. Princeton: Princeton University Press.
- Habermas, Jürgen, 1973: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- , 1998: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung. In: Ulrich Beck (Hg.), *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 67–84.
- , 2004: Solidarität jenseits des Nationalstaats. Notizen zu einer Diskussion. In: Jens Beckert et al. (Hg.), *Transnationale Solidarität: Chancen und Grenzen*. Frankfurt a.M.: Campus, 225–235.
- Healy, Kieran, 2006: *Last Best Gifts: Altruism and the Market for Human Blood and Organs*. Chicago: University of Chicago Press.
- LeGalès, Patrick/Alan Scott, 2008: Une révolution bureaucratique britannique? Autonomie sans contrôle ou „freer markets, more rules“. In: *Revue française de sociologie* 49, 301–330.
- Mann, Michael, 1997: Hat die Globalisierung den Siegeszug des Nationalstaats beendet? In: *Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 106, 113–141.
- Mayntz, Renate, et al., 2005: *Globale Strukturen und deren Steuerung. Auswertung der Ergebnisse eines Förderprogramms der Volkswagenstiftung*. Forschungsbericht 1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Müller-Doohm, Stefan, 2009: *Nationalstaat, Kapitalismus, Demokratie: Philosophisch-politische Motive im Denken von Jürgen Habermas*. Unveröffentlichtes Manuskript. Oldenburg: Universität Oldenburg.
- O'Connor, James, 1974: *Die Finanzkrise des Staates*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Offe, Claus, [1972]2006: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates: Aufsätze zur Politischen Soziologie*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Piore, Michael, 2003: *The Neo-Liberal Ideal and the Reality of Workplace Practice: Shifting Axes of Political Mobilization and New Regimes of Workplace Governance in the United States*. Konferenzbeitrag. Konferenz „Worlds of Capitalism: Globalization, Governance and Democracy“, Hamburg, 29.–31. Mai 2003.
- , 2005: Neoliberales Ideal und neoliberale Realität in den USA: Politische Mobilisierung und neue Governanceregime am Arbeitsmarkt. In: Max Miller (Hg.), *Welten des Kapitalismus: Institutionelle Alternativen in der globalisierten Ökonomie*. Frankfurt a.M., 227–239.
- Schäfer, Armin, 2008: *Krisentheorien der Demokratie*. MPIfG Discussion Paper 08/10. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp08-10.pdf>
- , 2009: *Wie beeinflusst soziale Ungleichheit die Demokratiezufriedenheit? Deutschland im internationalen Vergleich*. Tagungsbeitrag. Panel 6: „Gleichheit, Ungleichheit und regulative Sozialpolitik im Wandel von Wohlfahrtsstaatlichkeit im internationalen Vergleich“ auf der Tagung „Institutionen und Prozesse in vergleichender Perspektive“ der DVPW-Sektion „Vergleichende Politikwissenschaft“, Darmstadt, 22.–24. Januar 2009.

- Scharpf, Fritz W., 1998: Demokratie in der transnationalen Politik. In: Ulrich Beck (Hg.), *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 228–253.
- Schimank, Uwe, 2008: *Kapitalistische Gesellschaft – differenzierungstheoretisch konzipiert*. Hagen: Fernuniversität Hagen.
- Sennett, Richard, 1998: *Der flexible Mensch: Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berlin-Verlag.
- Streeck, Wolfgang, 1997: Beneficial Constraints: On the Economic Limits of Rational Voluntarism. In: Rogers Hollingsworth/Robert Boyer (Hg.), *Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions*. Cambridge: Cambridge University Press, 197–219.
- , 2008: Lektion zum Kapitalismus. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 28. September 2008, 38.
- , 2009a: *Flexible Employment, Flexible Families and the Socialization of Reproduction*. Keynote Address at the Conference on: Imploding Populations: Global and Local Challenges of Demographic Change. Deutsches Institut für Japanstudien, Tokyo, 2.–4. Juni 2009.
- , 2009b: *Re-Forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Weber, Max, [1920]1984: *Die protestantische Ethik I. Eine Aufsatzsammlung*. 7. Auflage. Hamburg: Gütersloher Taschenbücher Siebenstern 53.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 09/7
M. Höpner, A. Petring,
D. Seikel, B. Werner
**Liberalisierungspolitik:
Eine Bestandsaufnahme
von zweieinhalb Dekaden
marktschaffender Politik in
entwickelten Industrieländern**

DP 09/6
B. Harrington
**Trust and Estate Planning:
The Emergence of a Profession
and Its Contribution to Socio-
Economic Inequality**

DP 09/5
J. S. Ahlquist, C. Breunig
**Country Clustering in
Comparative Political Economy**

DP 09/4
H. Callaghan
**Constrain-Thy-Neighbor
Effects as a Determinant of
Transnational Interest
Group Cohesion**

DP 09/3
D. Stark, B. Vedres
**Opening Closure:
Intercohesion and
Entrepreneurial Dynamics
in Business Groups**

DP 09/2
J. Beckert
**Koordination und
Verteilung: Zwei Ansätze der
Wirtschaftssoziologie**

MPIfG Working Papers

WP 09/9
G. S. Schaal, C. Ritzi
**Empirische Deliberations-
forschung**

WP 09/8
P. Mair
**Representative versus
Responsible Government**

WP 09/7
G. Möllering
**Market Constitution Analysis:
A New Framework Applied
to Solar Power Technology
Markets**

WP 09/6
M. Höpner
**Parteigänger und Landschafts-
pfleger: Eine Analyse der
Parteispenden großer
deutscher Unternehmen,
1984–2005**

WP 09/5
C. Deutschmann
**Soziologie kapitalistischer
Dynamik**

WP 09/4
J. Beckert
**Pragmatismus und
wirtschaftliches Handeln**

WP 09/3
T. Fetzer
**Beyond Convergence
versus Path Dependence:
The Internationalization of
Industrial Relations at Ford
Germany and Britain
(1967–1985)**

MPIfG Books

B. Rehder, T. von Winter.,
U. Willems (Hg.)
**Interessenvermittlung in
Politikfeldern: Vergleichende
Befunde der Policy- und
Verbändeforschung**
VS-Verlag, 2009

K. van Kersbergen,
P. Manow (eds.)
**Religion, Class Coalitions, and
Welfare States**
Cambridge University Press,
2009

C. Trampusch
**Der erschöpfte Sozialstaat:
Transformation eines
Politikfeldes**
Campus, 2009

M. Busemeyer
**Wandel trotz Reformstau: Die
Politik der beruflichen Bildung
seit 1970**
Campus, 2009

R. Mayntz
**Sozialwissenschaftliches
Erklären: Probleme der
Theoriebildung und
Methodologie**
Campus, 2009

F. W. Scharpf
**Föderalismusreform:
Kein Ausweg aus der
Politikverflechtungsfalle?**
Campus, 2009

B. Harrington
**Deception: From Ancient
Empires to Internet Dating**
Stanford University Press, 2009

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF file from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)* which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungs offene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historisch-institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical-institutional, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

